



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 185. Ratssitzung vom 8. April 2026

6068. 2025/512

**Weisung vom 05.11.2025:**

**Kultur, Strategie Erinnerungskultur, neue wiederkehrende Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

Für die Umsetzung der Strategie Erinnerungskultur werden ab 1. Januar 2027 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 375 000.– bewilligt.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

**Maya Kägi Götz (SP):** *Mit der Strategie Erinnerungskultur reagiert die Stadt auf das Bedürfnis, die Zürcher Vergangenheit in Abgrenzung und Ergänzung zur bestehenden Geschichtsschreibung aus der aktuellen Zeit heraus zu deuten. Weniger bekannte Aspekte und Fragestellungen, aber auch klassische Themen sollen auf diesem Weg aus neuen Blickwinkeln beleuchtet werden. Wiederholt haben historische Themen und Fragen zum Umgang mit der Geschichte für breite öffentliche Diskussionen gesorgt. Immer wieder und sehr kontrovers wurde über Inschriften und Denkmäler im öffentlichen Raum debattiert. Neben den kolonialen Verstrickungen haben der Umgang mit der Bühle-Sammlung und der Erhalt der Pfauenbühne als Erinnerungsort die Gemüter erhitzt. Zudem gibt es sicher viele strukturelle Leerstellen, wo Bewegungen und Phänomene, die Zürich in historischer Perspektive massgeblich mitgestaltet haben, in der klassischen Geschichtsschreibung durchs Raster gefallen sind und zu wenig oder kein Gehör finden. Das Projekt Erinnerungskultur entspricht dem strategischen Ziel, das sich der Stadtrat in den Strategien Zürich 2040 im Handlungsfeld «Gutes Zusammenleben» auf die Fahne geschrieben hat. Die Strategie basiert auf einer lesenswerten Grundlagenstudie der Universität Luzern und definiert acht strategische Ziele in vier Themenfeldern mit acht Massnahmen zur Umsetzung. Hauptmassnahmen sind die Schaffung der Fachstelle Erinnerungskultur, die Einsetzung einer beratenden Fachkommission und die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte zur Erinnerungskultur, die jährlich mit 125 000 Franken unterstützt werden sollen. Weiter gefördert werden Vermittlungsaktivitäten und die Kontextualisierung bestehender erinnerungskultureller Zeichen im öffentlichen Raum. Für die Fachstelle Erinnerungskultur und die Dienstabteilung (DA) Kultur sind 140 Stellenprozent budgetiert. Für die Umsetzung der Strategie in anderen städtischen Dienstabteilungen und Fachstellen sind weitere 60 Stellenprozent vorgesehen, die nach Bedarf eingesetzt werden. Für die Entschädigung der Mitglieder der Fachkommission werden*



25 000 Franken veranschlagt. Der Zeitplan sieht vor, die Fachstelle Erinnerungskultur noch im Jahr 2026 zu besetzen. Ab dem Jahr 2027 sollen die weiteren Massnahmen wie die Einsetzung der Fachkommission gestaffelt erfolgen. Dabei sollen auch die Rahmenbedingungen für Beiträge an zivilgesellschaftliche Projekte ausformuliert und definiert werden. Die Strategie Erinnerungskultur hat einen langfristigen Horizont. In diesem ersten Schritt wurden die strategischen Ziele und Massnahmen für den fünfjährigen Zeitraum der Jahre 2026–2030 erarbeitet. Gegen Ende dieser Phase gibt es eine Evaluation. Mit der Weisung werden dem Gemeinderat für die Umsetzung der Strategie Erinnerungskultur ab dem 1. Januar neue wiederkehrende Ausgaben von 375 000 Franken beantragt. Die Kosten von 148 500 Franken für die Schaffung der 200 Stellenprozente ab August 2026 werden dem Gemeinderat mit der I. Serie Nachtragskredite unterbreitet. Die einmaligen Sachkosten zum Aufbau der Fachstelle von maximal 50 000 Franken sind im Budget 2026 eingestellt. Die Kommissionsmehrheit unterstützt die Weisung.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

**Stefan Urech (SVP):** Trotz rekordhohen Steuereinnahmen haben wir im vergangenen Jahr ein Minus von 23 Millionen Franken verzeichnet. Die Verschuldung der Stadt steigt. Das Problem liegt nicht bei den Einnahmen, sondern den Ausgaben. Sogar der linke Vorsteher des Finanzdepartements warnt vor der Verschuldung. Man könnte meinen, dass die linke Ratsmehrheit in Anbetracht dieser Tatsache auf nicht zwingende Projekte verzichten würde. Dieser Fall zeigt, dass das Gegenteil passiert. In den letzten Jahren gab es verschiedene Vorstösse in diesem Bereich. Man musste die Herkunft der Bilder der Bührlle-Sammlung untersuchen, die kolonialen Verstrickungen der Stadt aufdecken und sogar die Rolle der Stadt Zürich im Spanischen Bürgerkrieg thematisieren. Zusätzlich forderten private Aktivistenkreise, dass angeblich rassistische Inschriften im Niederdorf entfernt werden. All diese Anliegen hätten innerhalb der bestehenden Strukturen behandelt und mit einer netten Antwort des Stadtrats abgeschrieben werden können. So geschieht es regelmässig mit bürgerlichen Vorstössen. Die Stadtpräsidentin entschied sich für einen anderen Weg. Sie erkannte in diesen Vorstössen ein Bedürfnis der Bevölkerung und sah sogar das gute Zusammenleben in der Stadt gefährdet. Darauf folgt ein wunderschönes Beispiel von Verwaltungslogik. Zuerst wurde ein verwaltungsinternes Koordinationsgremium eingesetzt, das Konzepte, Studien und Berichte veröffentlichte. Als nächstes wurden die Fachstelle Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) sowie Experten damit beauftragt, den Umgang mit bestehenden Denkmälern zu untersuchen und einen Bericht zu formulieren. Dieser ist 200 Seiten lang. Parallel dazu wurden Grundlagenstudien bei der Universität Luzern in Auftrag gegeben. Dann hat man sich in einem mehrstufigen iterativen Prozess mit 30 internen und externen Fachpersonen mit der Frage auseinandergesetzt, wie es nun weitergeht. Das Resultat? Es braucht eine neue Fachstelle und 200 neue Stellenprozente bei der Verwaltung. Diese Fachstelle soll Fördergelder verteilen, weitere Studien in Auftrag geben, Projekte begleiten und Denkmäler kontextualisieren. So kann das gute Zusammenleben in der Stadt Zürich gesichert und die demokratischen Kompetenzen der Bevölkerung können gestärkt werden. Das Ganze klingt zwar lustig und ein wenig surreal, ist aber ernst. Verschiedene Beispiele



*aus der Vergangenheit zeigen eindeutig, dass weder Politiker noch die Verwaltung Studien in Auftrag geben sollten. Solche Studien und ihre Erkenntnisse sind nämlich von Anfang an politisch gefärbt. Das haben Sie bei der Debatte um die «Mohren» Inschriften bewiesen, als Sie Berichte veröffentlicht haben, die in den Medien widerlegt wurden. Sie gehen auf gewisse historische Persönlichkeiten los, die der linken Ratsmehrheit nicht passen, suchen das Haar in der Suppe, bis Sie irgendein kleines Detail ans Tageslicht fördern. So geschah es mit Alfred Escher, von dem gemessen an den Werten von heute keine Statue mehr stehen soll. Bei Menschen hingegen, denen Sie wohlgesinnt sind, sehen Sie über Fehltritte hinweg. Weist man zum Beispiel auf die antisemitischen Aussagen von Architekt Le Corbusier hin, die er in Briefen an seinen Vater äusserte, oder sagt man, dass er für das Nazi-Regime gearbeitet hat, sind Sie plötzlich der Meinung, dass man die Vergangenheit für sich betrachten müsse und die Verhältnisse von heute nicht auf die damalige Zeit übertragen könne. Je nachdem, ob Ihnen die Geschichte politisch passt oder nicht, kommen Sie zu einem anderen Urteil. Sie sollten die Geschichte nicht nach dem heutigen Massstab neu bewerten, sondern das den Universitäten überlassen.*

#### **Persönliche Erklärung:**

Lisa Diggelmann (SP) hält eine persönliche Erklärung zu unangebrachten Wortmeldungen im Rat und zur diesbezüglichen Verantwortung des Ratspräsidiums.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Die Erinnerungskultur interessiert die Menschen zunehmend. Das beobachten wir seit einiger Zeit in Zürich, aber auch an anderen Orten. Auch den Gemeinderat beschäftigt die Erinnerungskultur. Unter anderem haben wir Vorstösse zur Bührle-Sammlung, zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen, zur offenen Drogenszene, zu Jenischen und Sinti, Spanienfreiwilligen und zu einer Plakette für eine Fussball-Legende besprochen. Letzterer Vorstoss stammt von der SVP. Die Liste mit den Vorstössen aus dem Gemeinderat ist lang, und auch aus der Bevölkerung kommen viele Anfragen für Denkmäler, Strassenbenennungen oder Gedenktafeln. Die Frage, wie und wovon wir als Gesellschaft erinnern, bewegt die Menschen. Das ist auch richtig so. Es ist wertvoll, gemeinsam darüber nachzudenken, an welche Aspekte der Stadtgeschichte wir uns erinnern wollen und welche Aspekte zu wenig Beachtung gefunden haben. Es eröffnet neue Perspektiven, fördert das gegenseitige Verständnis und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass sich dabei nicht alle immer einig sind, liegt in der Natur der Sache und ist Teil dieser gesellschaftlichen Debatte zur Erinnerungskultur. Gefährlich wird es, wenn die Vergangenheit nach Lust und Laune umgedeutet wird. Bei allen erinnerungskulturellen Aktivitäten ist darum zentral, dass sie auf einer wissenschaftlichen Basis beruhen. Mit der Strategie Erinnerungskultur hat der Stadtrat erstmals eine verbindliche Grundlage für den Umgang mit erinnerungskulturellen Themen und Anliegen geschaffen. Die Strategie hält fest, wie die Stadt ihre Rolle sieht: Sie agiert koordiniert.*



*nierend, ermöglichend und vernetzend, gestützt auf klare Grundsätze, die die Wissenschaftlichkeit, die Vielfalt und das zivilgesellschaftliche Engagement ins Zentrum stellen. Zentrale Massnahmen dieser Strategie sind die Einrichtung einer Fachstelle Erinnerungskultur in der DA Kultur, den Einsatz einer beratenden Fachkommission und die Schaffung eines Fördergefässes für zivilgesellschaftliche Projekte und Initiativen. Weitere Massnahmen sind die Förderung von Vermittlungsaktivitäten von städtischen Stellen, die Kontextualisierung bestehender erinnerungskultureller Zeichen im öffentlichen Raum oder die Prüfung der Erarbeitung einer neuen Stadtgeschichte. Für die Umsetzung der Massnahmen in der Strategie Erinnerungskultur beantragt der Stadtrat neue wiederkehrende Ausgaben von 375 000 Franken ab dem Jahr 2027. 125 000 Franken sind für die Unterstützung von Projekten aus der Bevölkerung vorgesehen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** *Ich habe über Ostern einen Roman von Judith Hermann mit dem Titel «Ich möchte zurückgehen in der Zeit» gelesen, der sich mit der SS-Vergangenheit ihres Grossvaters auseinandersetzt. Darin wird einerseits aufgezeigt, wie sehr Schweigen und Leerstellen innerhalb einer Familie und in der Gesellschaft den Zugang zu einer so schwierigen Vergangenheit erschweren. Es wird deutlich, wie viel Ambivalenz und Toleranz diese Auseinandersetzung von nachfolgenden Generationen verlangt. Letztlich lässt sich daraus ableiten, dass es möglicherweise keine eindeutig richtige oder falsche Art gibt, mit Erinnerung umzugehen. Man kann durchaus diskutieren, Stefan Urech (SVP), ob das Überdecken von Hausinschriften der richtige Weg ist oder ob es andere Möglichkeiten gibt. Trotzdem muss sich eine Gesellschaft, die an ihren eigenen Fortschritt glaubt, ihrer Vergangenheit stellen, um ihre Zukunft verantwortungsvoll gestalten zu können. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, diese Aufgabe einer Fachstelle zu übertragen, damit die anspruchsvolle Arbeit sachlich und unabhängig begleitet wird. Wir Grünliberale haben uns in den vergangenen Jahren konsequent für eine sachliche, wissenschaftsbasierte Erinnerungskultur, für Kontextualisierung statt Verdrängung und für Differenzierung statt Vereinfachung eingesetzt. Diese Anliegen spiegeln sich in der vorliegenden Weisung wider. Uns überzeugt besonders, dass die Fachstelle nicht proaktiv agiert. Sie verfolgt keine eigene politische Agenda. Erinnerungskulturelle Anliegen werden aus der Bevölkerung an sie herangetragen und anschliessend fachkundig bearbeitet. Das ist aus unserer Sicht der richtige Ansatz. Der Staat soll die Vergangenheit nicht deuten, sondern die Rahmenbedingungen schaffen, damit Deutung sorgfältig und aus verschiedenen Perspektiven entstehen kann. Die GLP steht neuen Fachstellen grundsätzlich eher skeptisch gegenüber. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass erinnerungskulturelle Fragen, wenn sie im Gemeinderat behandelt werden, häufig in Grabenkämpfen enden, statt zu einer sachlichen Auseinandersetzung zu führen. Daher unterstützen wir diese Weisung und sind gespannt, ob die Evaluation im Jahr 2030 zeigen wird, dass die Ziele erreicht werden konnten.*

**Yasmine Bourgeois (FDP):** *Erinnerungskultur ist wichtig. Was uns hier vorliegt, ist aber bloss ein weiterer Ausbau der Verwaltung. Wir schaffen für jährlich 375 000 Franken eine neue Fachstelle, eine neue Kommission und neue Fördergefässe. Das ist nur der*



*Anfang. Viele Teile dieser Wunschkonzertweisung werden separat budgetiert. Dabei gibt doch die Vorlage selbst zu, dass Zürich bereits eine lebendige Erinnerungskultur hat, getragen von der Wissenschaft, von Museen und einer engagierten Zivilgesellschaft. Eine Strategie mit Fokus auf Kontextualisierung wäre grundsätzlich positiv. Entscheidend wäre aber eine wissenschaftliche Grundlage und dass keine Denkmäler abgerissen werden. Ich bezweifle stark, dass eine solche Fachstelle ideologisch neutral vorgehen wird, nur schon, weil man die Stadtgeschichte aus der aktuellen ideologischen Perspektive betrachten will. Die Erfahrung mit vergleichbaren Kommissionen der Stadt zeigt, dass die politische Breite immer auf der Strecke bleibt. Dafür wird die Deutungshoheit immer kreativer. Bei der Abdeckung der «Mohren» Inschriften hat man die Geschichte einfach ausgelöscht. Wissenschaftliche Erkenntnisse waren Ihnen völlig egal. Wenn der Staat anfängt, Geschichte zu organisieren, wird aus Erinnerung Politik. Geschichte ist kein Verwaltungs- und schon gar kein politisches Projekt. Bei dieser Vorlage würde am Schluss nicht die Forschung, sondern irgendeine Kommission entscheiden, was erinnerungswürdig ist. Wollen wir, dass der Staat definiert, wie wir unsere Vergangenheit verstehen sollen? Wir lehnen diese Vorlage ab.*

**Sophie Blaser (AL):** *Ich verstehe die Begründung der Ablehnung durch die SVP nicht. Stefan Urech (SVP) hat verschiedene bestehende Studien aufgezählt und sie als Beispiel für einen zu grossen Verwaltungsaufwand kritisiert. Wenn es hingegen keine Studien gibt, wird von Ideologie gesprochen. Das erscheint mir widersprüchlich. Immer wieder wird darauf hingewiesen, wie viele Seiten diese Berichte umfassen. Stattdessen wäre es vielleicht sinnvoll, die Berichte auch einmal zu lesen. Angesichts eurer Sentimentalität für Vergangenheit und Tradition überrascht es nicht, dass bei der bürgerlichen Minderheit ein gewisses Unwohlsein aufkommt, wenn es darum geht, diese Vergangenheit zu erforschen, einzuordnen oder zu vermitteln. Denn es gibt in der Schweiz zahlreiche Aspekte der jüngeren Geschichte, die aus heutiger Sicht aufarbeitungswürdig sind. Aus meinem persönlichen Umfeld kommen mir mehrere Beispiele in den Sinn. In der Region meines Heimatorts im Emmental war es vor rund hundert Jahren bspw. üblich, Frauen vor der Hochzeit die Zähne zu ziehen und sie mit Drittzähnen zu ersetzen, damit die Familie des Ehemanns, in deren Besitz sie übergangen, abschätzen konnte, welche Kosten künftig entstehen könnten. Solche Praktiken erscheinen heute befremdlich und verdienen eine historische Einordnung. Auch gibt es Berichte von Pflegefachkräften der Spitex, die von Frauen erzählen, die nach einer Vergewaltigung gezwungen wurden, den Täter zu heiraten. Diese Erfahrungen prägen Betroffene ein Leben lang. Diese Zwangsehen könnte man aufarbeiten. Ein weiteres Beispiel betrifft den Umgang mit Kindern: Viele unserer Eltern erlebten in der Schule körperliche Gewalt und wurden auch zu Hause geschlagen. Wenn heute kritisiert wird, dass alles analysiert und abgeklärt werde, sollte man bedenken, dass dies auch eine Reaktion auf erlittenes Leid und starken sozialen Druck ist. Diese Beispiele stehen vielleicht nicht im Zentrum der Erinnerungskultur, zeigen aber, dass sich gesellschaftliche Normen verändern. Was heute als selbstverständlich gilt, kann in einigen Jahrzehnten anders beurteilt werden. Deshalb ist es wichtig, dass jede Generation zurückblickt und versucht, das Vergangene einzuordnen. Genau hier setzt die vorgeschlagene Fachstelle an. Es ist gut möglich, dass*



man in 50 Jahren zu anderen Einschätzungen als heute gelangt. Geschichte ist nie abgeschlossen. Es geht darum zu entscheiden, woran wir erinnern wollen und welche Schwerpunkte wir setzen. Sie legen diese Schwerpunkte anders als wir. Auch das ist legitim. Es liegen Studien vor, die Thematik ist gut dokumentiert und es gibt ein überzeugendes Konzept für diese Fachstelle. Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, das Vorhaben umzusetzen. Wir gehen davon aus, dass es Leerstellen gibt, die wir hoffentlich in einigen Jahren nicht mehr haben werden, weil sie im Rahmen dieser Fachstelle aufgearbeitet werden konnten. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass die Fachstelle mit Personen besetzt ist, die diese Leerstellen kennen, die mit verschiedenen Communities vertraut sind und wissen, wo Minderheitenperspektiven liegen. Denn gerade dort, wo Minderheiten betroffen sind, zeigen sich oft Leidensdruck und gleichzeitig die Notwendigkeit zur Aufarbeitung. Aus diesen Gründen unterstützen wir diese Weisung klar und begrüßen es, dass die Kompetenzen in der Stadt künftig gebündelt werden.

**Maya Kägi Götz (SP):** Die SP nimmt positiv zur Kenntnis, dass die Stadt Zürich im Bereich der Erinnerungskultur eine aktive Rolle einnimmt. Wir unterstützen das Vorhaben. Die Vorlage wurde intensiv diskutiert. Dabei wurden auch kritische Fragen gestellt, etwa ob die Delegation an eine beratende Fachkommission ausreicht, um strukturelle Leerstellen zu schliessen, oder ob die Stadt nicht selbst Themen setzen sollte, etwa Arbeitergeschichte, soziale Bewegungen, fürsorgliche Unterbringungen oder generell im Bereich marginalisierter Gruppen. Wichtig ist, dass gelebte Erinnerungskultur nicht für Imagepflege oder Standortmarketing instrumentalisiert wird und kommerzielle oder touristische Nutzungen im Hintergrund bleiben. Für das gute Zusammenleben in der Gegenwart und Zukunft kann die Auseinandersetzung mit Erinnerung viel leisten, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen innerhalb demokratischer Gesellschaften. Aus dieser Perspektive bietet die vorliegende Strategie eine grosse Chance für einen lebendigen Dialog, in dem Wissen und Erfahrungen im Stadtleben ausserschulisch vermittelt und Bottom-Up geteilt werden können. Der Auftrag an die Stadt ist nicht, die Zürcher Geschichte gemeinsam mit Historiker\*innen neu zu schreiben oder parteipolitisch zu färben. Vielmehr geht es darum, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und auf das breite Wissen der Bevölkerung zurückzugreifen. Zentrale Elemente sind dabei eine gute Vernetzung sowie eine Plattform, die einen niederschweligen Zugang für möglichst diverse Anspruchsgruppen, individuelle Initiativen aus der Bevölkerung und zivilgesellschaftliche Bewegungen ermöglicht. Den Befürchtungen einer staatlich verordneten Geschichtsideologie ist entgegenzuhalten, dass Geschichte immer aus der jeweiligen Gegenwart heraus erforscht und interpretiert wird. Es ist also nicht der Staat, der Geschichte festlegt oder abschliessend definiert, sondern es sind die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aus diesen Überlegungen heraus stimmt die SP der Weisung zu und ist gespannt auf die weitere Entwicklung.

**Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne):** Dies ist vielleicht mein letztes Votum im Rat. Umso mehr freut es mich, dass es sich um ein so relevantes Thema dreht. Die Erinnerungskultur in der Stadt Zürich ist vielfältig. Für diese Vielfalt soll Raum bestehen und sie soll sichtbar sein. Wir Grünen begrüßen daher, dass die Stadt Zürich dieses Thema künftig noch aktiver angehen wird. Dabei ist es uns wichtig, dass einige Punkte berücksichtigt



werden: *Bestehende Diskriminierungsstrukturen dürfen nicht reproduziert werden. Es darf nicht dazu kommen, dass gewisse Stimmen weiterhin ungehört bleiben oder als weniger relevant eingestuft werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist zentral. Erinnerungskultur ist wichtig für unsere Demokratie, für die Stärkung der Menschenrechte und für ein vielfältiges historisches Bewusstsein. Damit unterschiedliche, insbesondere marginalisierte Perspektiven sichtbar werden können, braucht es aktive Arbeit und ausreichend finanzielle Ressourcen. So kann verhindert werden, dass dominante Diskurse marginalisierte Perspektiven weiterhin überlagern. Das bedeutet auch, dass gezielt daran gearbeitet werden muss, bestehende Machtstrukturen aufzubrechen. Ebenso ist es uns ein Anliegen, dass die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen einen hohen Stellenwert erhält. Zudem ist entscheidend, dass tatsächlich vielfältige Stimmen und Perspektiven eine Plattform erhalten. Es reicht nicht aus, QR-Codes bereitzustellen. Erinnerungskultur erfordert mehr als das. Ich danke Sophie Blaser (AL) für ihr engagiertes und eindrückliches Votum sowie für die erschreckenden Beispiele, die sie genannt hat. Gleichzeitig finde ich es bedenklich, dass FDP und SVP die Bedeutung der Erinnerungskultur für unsere Demokratie nicht in gleicher Weise anerkennen. Es ist sehr fragwürdig, dass alle Massnahmen, die demokratie-stärkend wirken und marginalisierte Gruppen unterstützen, von Ihnen torpediert werden. Ebenso halte ich es für unangebracht, wenn die Plattform im Rat genutzt wird, um diskriminierende Worte auszusprechen und junge Frauen während ihrer Voten zu verhöhnen. Als Ratsmitglieder tragen wir die Verantwortung, Diskriminierung entgegenzuwirken und unterschiedliche Perspektiven zu respektieren. Machtstrukturen werden gerade dann reproduziert, wenn Menschen lächerlich gemacht, verhöhnt oder durch verletzende Sprache herabgesetzt werden. Das ist nicht akzeptabel. Wir sollten uns dem klar entgegenstellen. Dazu gehört auch, dass wir unseren Platz einfordern und auf einen respektvollen Umgang miteinander bestehen. Die Grünen werden das Projekt weiterhin kritisch begleiten, weil es um ein heikles Thema geht. Zugleich halten wir die Strategie für wichtig und sehen es als unsere Verantwortung, diese mitzutragen. Für uns Grüne sind Sensibilität gegenüber Diskriminierung und die Förderung von Vielfalt zentrale Anliegen. Deshalb unterstützen wir diese Weisung mit Überzeugung.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Erinnerungskultur ist auch uns wichtig. Wir lehnen die Weisung ab, weil wir der Einführung dieser Fachstelle kritisch gegenüberstehen. Ann-Catherine Nabholz (GLP) hat die Hoffnung geäußert, dass die Fachstelle zu wichtigen Diskussionen führen wird, etwa der Frage, was erinnerungskulturwürdig ist und wie das Erinnern aussehen kann. Diese Auseinandersetzungen könnten auch ausserhalb des Gemeinderatssaals stattfinden. Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) hat gesagt, wir werden weiterhin dafür einstehen, was wir für erinnerungswürdig erachten. Genau da erkennen wir ein Spannungsfeld, wegen dem wir die Fachstelle nicht zielführend finden. Das heisst nicht, dass Erinnerungskultur nicht relevant ist. Auch wir sind der Meinung, dass man genau hinschauen und die Vergangenheit diskutieren muss. Heutige Themen werden in 100 Jahren auch erinnerungswürdig sein und aufgearbeitet werden müssen.*



**David Garcia Nuñez (AL):** *Yasmine Bourgeois (FDP) hat in ihrer Rede gesagt, die Inschriften in der Altstadt seien zerstört worden. Das ist nicht wahr. Die Inschriften wurden abgedeckt. Falls du den Unterschied zwischen Abdecken und Zerstören nicht kennst, sollten wir vielleicht einen Deutschkurs für die Integration von FDP-Mitgliedern organisieren. Als Bewohner des Kreis 1 muss ich sagen, dass es keinen Menschen interessiert, was an dieser Hauswand passiert. Die Inschriften sind zu Recht abgedeckt. Sie würden sich auch wehren, wenn Ihr Name oder Ihre Identität auf irgendwelchen Inschriften beleidigt würde. Es ist beschämend, dass Sie das «M-Wort» freiheraus sagen und der Ratspräsident das scheinbar absegnet. Ihre Nachkommen werden sich dafür schämen. Die Finanzen als Grund für die Ablehnung zu nennen, ist erstaunlich. In einer der reichsten Städte der Welt hat man offensichtlich kein Geld, um sich mit dem eigenen Rassismus, Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Wir haben immer noch kein Museum für Migration. Stefan Urech (SVP) sagt, wir hätten kein Geld dafür. Wann sollen wir denn genug Geld haben, um derer gedenken zu können, die in unser Land eingewandert sind, wenn nicht jetzt? Das Ideologie-Argument finde ich nicht besonders stark. Ich zitiere den marxistischen Theoretiker Terry Eagleton: «Ideologie ist wie Mundgeruch, immer das, was die anderen haben.» Ich gebe den Vorwurf also zurück an die bürgerliche Seite. Ideologie ist die Statue von Alfred Escher, das Schweigen des Kunsthause, das man toleriert, das Aufstellen rassifizierter Gesichter in Aulas. Diese Fachstelle bietet eine Chance, sich wissenschaftlich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und Fehlritte rechtzeitig zu korrigieren, statt 200 Jahre zu warten.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Cordelia Forde (SP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Stefan Urech (SVP); Yasmine Bourgeois (FDP), Isabel Garcia (FDP), Sabine Koch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Umsetzung der Strategie Erinnerungskultur werden ab 1. Januar 2027 neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich Fr. 375 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 15. April 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 15. Juni 2026)



9 / 9

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat